

# afrika-bulletin

.....  
Nummer 161

Feb./März 2016  
Fr. 5.-/Euro 5.-



**Biodiversität unter Druck**





Veit Arlt ist Geschäftsführer des Zentrums für Afrikastudien, daneben promotet der Historiker südafrikanischen Jazz. Kontakt: veit.arlt@unibas.ch.

Haben Sie es bemerkt? Unsere Webseite wurde neu gestaltet. Adrian Meyer hat tolle Arbeit geleistet. Wir danken ihm und Thomas Schwarz, der die alte Seite über Jahrzehnte hinweg gepflegt hat, sowie Barbara Müller, die die Inhalte neu aufbereitet hat, für ihren grossen Einsatz. Das verwendete Content Management System verleiht der Seite eine grössere Dynamik und auch der Wissensschatz der gesamten Afrika-Bulletins ist nun besser erschlossen. Die mit Heft 140 eingeführten detaillierten Ankündigungen bieten die Grundlage dafür. Es gilt nun freilich, diese Arbeit auch für die früheren Hefte nachzuführen. Wenn Sie Lust haben, die alten Bulletins wieder in die Hand zu nehmen und uns bei dieser Aufgabe zu unterstützen, dann melden Sie sich bitte. Den Afrika-Komitee-Schriftzug mit dem auf dem Kopf stehenden afrikanischen Kontinent hat Adrian Meyer in Anlehnung an das afriqu'à midi-Logo vorgeschlagen. Die Idee hat uns sofort überzeugt – wir wollen zu einem Perspektivenwechsel einladen.

Das Schwerpunktthema Biodiversität war schnell gesetzt, spricht uns doch der grundsätzlich positiv besetzte Begriff direkt an – Vielfalt ist für uns alle ein Grundanliegen. Trotzdem stiessen wir auf spannende Reibungspunkte. Es war die kritische Diskussion des Films «Darwin's Nightmare» (siehe S. 8–9), die die Frage aufwarf, wie programmatisch das Afrika-Bulletin sein muss. Wie gehen wir mit der Spannung zwischen politischer Grundhaltung und wissenschaftlichem Anspruch um?

«Darwin's Nightmare» gehört zu jenen engagierten Dokumentarfilmen, die sich wenig um das Gebot einer differenzierten Darstellung scheren, sondern einen Missstand plakativ und oftmals verkürzt darstellen. Zu diesem Zweck wird auch mal ein Zusammenhang suggeriert, ohne dass er durch Rechercheresultate belegt werden kann. Das Mobilisierungspotential des Films und seine Kritik am kapitalistischen Weltsystem wurden von vielen geschätzt, doch nicht nur der grosszügige Umgang mit Fakten sorgte für Unbehagen: Das düstere, apokalyptische Bild der Region, das der Film zeichnet, kann nur zum Teil mit der Realität vor Ort in Übereinstimmung gebracht werden und zementiert stereotype Bilder von einem Kontinent ohne Hoffnung. Dementsprechend wurde der Film in Tanzania denn auch heftig kritisiert. Es ist diese (auf Forschung vor Ort beruhende) Perspektive, die den Beitrag von Julia Büchele prägt.

Eine afrikanische Perspektive ist auch das Grundanliegen von journafrica.de, der ersten deutschsprachigen Internetplattform für Journalismus aus und über Afrika. Initiiert vom Institut für Afrikanistik an der Universität Leipzig werden Beiträge afrikanischer Journalistinnen und Journalisten ausgewählt und übersetzt, um so eine Perspektive jenseits des von Krisen, Korruption und Kriegen geprägten Bildes in den Massenmedien zu ermöglichen, die der Diversität und Dynamik afrikanischer Gesellschaften besser entspricht. Ich möchte unseren Lesern und Leserinnen diese Plattform herzlich empfehlen. ■

Veit Arlt

## Impressum

**Ausgabe 161 | Februar / März 2016**  
**ISSN 1661-5603**

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 41. Jahrgang.  
*Herausgeber:* Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

*Redaktionskommission:* Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

*Das Afrika-Komitee im Internet:* [www.afrikakomitee.ch](http://www.afrikakomitee.ch)  
*Das Zentrum für Afrikastudien im Internet:* [www.zasb.unibas.ch](http://www.zasb.unibas.ch)

*Redaktionssekretariat:* Beatrice Felber Rochat  
*Afrika-Komitee:* Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz  
Telefon (+41) 61-692 51 88 | Fax (+41) 61-269 80 50  
*E-Mail Redaktionelles:* [afrikabulletin@afrikakomitee.ch](mailto:afrikabulletin@afrikakomitee.ch)  
*E-Mail Abonnemente und Bestellungen:* [info@afrikakomitee.ch](mailto:info@afrikakomitee.ch)

*Postcheck-Konto:* Basel 40-17754-3

*Für Überweisungen aus dem Ausland:*  
in CHF: Migros Bank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7  
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9  
(Bic SwiftCode: POFICHBEXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

*MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:* Veit Arlt (Red.), Maïke Birzle, Julia Büchele, Pius Frey, Jacob Geuder, Susy Greuter (Red.), Luregn Lenggenhager, Silva Lieberherr, Claude Martin, James Merron, Barbara Müller (Red.), Monika Orłowski, Hans-Ulrich Stauffer, Nestor Zante.

*Gestaltungskonzept:* TypoHaller  
*Layout:* wernlis grafische gestalter  
*Druck:* Rumzeis-Druck, Basel

*Inserate:* Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage  
*Jahresabonnement:* Fr. 30.–/Euro 30.–  
*Unterstützungsabonnement:* Fr. 50.–/Euro 35.–  
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 40.– ist das Abonnement enthalten.

*Redaktionsschluss Nummer 162:* 31. März 2016

*Schwerpunktthema:* Demokratie.

*Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben:* Flüsse in Afrika, Eritrea, Wahrnehmung Afrikas, Bevölkerungsmobilität. InteressentInnen an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

*Unser Titelbild:* Dieser Bergwald in Tanzania ist ein Hotspot der biologischen Vielfalt in Flora und Fauna (Bild: Christopher Barratt 2015).

# Die Politik der Biodiversität

## Ein naturwissenschaftlicher Begriff macht Karriere

Die Biodiversität ist wahrlich unter Druck. Der Verlust von Lebensraum, Genmanipulation, Biopiraterie, Wilderei und fremde Arten gefährden die Vielfalt. Naturschützerinnen und Ökologen setzen sich dagegen zur Wehr und spannen die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten in den Kampf für die Wiederherstellung der Biodiversität ein, der so gleichzeitig ein Kampf gegen die Armut sein soll. Der 1985 geprägte Begriff Biodiversität erlangte schnell Prominenz, und schon bald konkurrierte das apokalyptische Szenario des Biodiversitätsverlusts jenes vom nuklearen Winter. Wurde der Schutz der Biodiversität zunächst als Bedrohung für die neoliberale Wirtschaftsordnung angesehen, so hat er sich inzwischen zu einem lukrativen Geschäftszweig entwickelt: Bio und Umweltfreundlichkeit wurden zu wichtigen Labels vom Kleidungsstück bis zur Stadtentwicklung. James Merron führt uns an den Begriff heran und wirft kritische Fragen auf.

Der Begriff Biodiversität zeugt von der seit über zwei Jahrhunderten anhaltenden Obsession der Naturwissenschaft Pflanzen und Tiere zu katalogisieren – ein Unterfangen dem sich die Natur mit ihrer schieferen Vielfalt seit jeher widersetzt hat. Grundannahme ist, dass die Welt von natürlichen Arten besiedelt ist, wobei über die Frage, ob wir Menschen ebenfalls Teil dieser Vielfalt sind, heftig gestritten wird. Die Kontroversen zwischen der öffentlichen Meinung und wissenschaftlichen Konzeptionen von Biodiversität, respektive zwischen den entsprechenden Weltansichten, erinnern an die erbitterte Auseinandersetzung zwischen Realisten und Konstruktivisten in den Wissenschaftskriegen und haben tiefe Gräben zwischen Gläubigen und Ungläubigen aufgeworfen.

### Streben nach einem Urzustand

Der Diskurs der Biodiversität beruft sich auf eine angenommene historische Vielfalt, um unser aktuelles Handeln dahingehend zu leiten, dass die zukünftige Diversität wieder näher bei diesem angenommenen Urzustand liegt. Räumlich wird unser Augenmerk auf Hotspots, Schutzgebiete und Welterbestätten gelenkt, wobei das Primat der Biodiversität überall gelten soll. Als zweitgrösster Feind der Vielfalt wird nach dem Menschen die Invasion fremder Arten gesehen. Die Invasionsökologie bezeichnet von aussen kommende Organismen, seien es Pflanzen oder Tiere, mit medizinischen Begriffen wie Krankheit oder Geschwür. Doch ein solcher Sprachgebrauch an der Schnittstelle von Natur und Gesellschaft hat politische Implikationen. So galt natürliche Biodiversität in Südafrika während der Apartheid als Bezugspunkt für die soziale Wirklichkeit: verschiedene Kulturen seien wie verschiedene Arten zu behandeln. Freilich war das Apartheidsystem keineswegs an Hotspots der Biodiversität sondern vielmehr an Sortierung und Trennung interessiert.

Doch wer sind heute die Akteure auf dem Gebiet der Biodiversität? Da wären einerseits eine gerade in artenreichen Gebieten oftmals mittellose Bevölkerung; Wissenschaftlerinnen, die sich in diesen lebendigen Outdoor-Laboratorien tummeln; Aktivisten, die hier Machtverhältnisse artikulieren und Landwirte, die dazu angehalten werden ihre Nutzungsweise zu ändern. Andererseits wären Regierungen und Unternehmungen zu nennen, die zu einem nachhaltigeren Handeln aufgerufen werden.

Es wäre interessant zu erfahren, was die Natur selber von all dem hält. Doch leider kann diese sich nicht artikulieren – zumindest nicht in einer Sprache, die in Parlamenten, auf Bauplätzen oder an Verwaltungsratssitzungen verstanden wird. Im Gegensatz zu den Menschen besitzen nichtmenschliche Arten nicht die Fähigkeit, sich zu dem zu entwickeln, als das sie bezeichnet werden, oder sich gegen diese Bezeichnungen zu wehren. Menschen hingegen entwickeln ihre Persönlichkeit gerade auch im Umgang mit solchen Zuschreibungen.

### Vom Farmer zum Treuhänder der Natur

Menschheit und Natur werden unterschiedlich klassifiziert, doch sie interagieren. Bezeichnungen wie «einheimisch» oder «fremd» sind veränderliche Zuweisungen, und veränderlich sind auch die Dinge die sie benennen. Natürliche Einheiten sind nicht endgültig sondern stets in Entwicklung begriffen. Am Beispiel von Farmern und Farmeignern, die ich in der südafrikanischen Provinz Ostkap interviewte, lässt sich zeigen, wie die wachsende Bedeutung von Biodiversität, zu neuen menschlichen Daseins- und Persönlichkeitsformen führt. Die Farmbesitzer werden oft verpflichtet, invasive Pflanzen auf ihrem Land zu bekämpfen. Sie verstehen sich vermehrt als Treuhänder der biologischen Vielfalt, und erhalten einen neuen Bezug zum Land, das sie nutzen. Dabei werden neue Rechte geschaffen für die dortige Natur und die Be- und Anwohnerinnen der Farm. Diese erhalten über Einsätze zur Bekämpfung invasiver Arten ein Auskommen. Interessanterweise trägt diese neue Rolle als Fürsprecher der Natur zu einem positiveren Image der Farmer bei, insbesondere bei der Mittelklasse und einem internationalen Publikum. ■

James Merron ist Doktorand am Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel. In seiner Dissertation befasst er sich mit Wasser-schutzprogrammen in Südafrikas Eastern Cape und fragt, wie grüne Technologien und Expertenwissen durch Nichtregierungsorganisationen und Aktivistinnen angeeignet und instrumentalisiert werden. Kontakt: j.merron@stud.unibas.ch.

# Profite statt Agrobiodiversität

## Umfassende Kommerzialisierung des Saatguts

Die riesige Vielfalt an landwirtschaftlich nutzbaren Pflanzen und ihre vielen genetischen Variationen haben einen hohen Wert für zukünftige Pflanzenzüchtung und somit für die Ernährungssouveränität der Menschen. Aber diese Agrobiodiversität nimmt drastisch ab, weil Konzerne wie Syngenta und Monsanto mit ihren Hohertragsorten den globalen Saatgutmarkt dominieren. Sortenschutz und Patentierung werden mittels WTO- und Freihandelsverträgen durchgesetzt, die den Austausch von lokalen Sorten verbieten, wie der Beitrag von Silva Lieberherr und Luregn Lenggenhager zeigt.

Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts ging 75 Prozent der genetischen Diversität der Pflanzen verloren, weil Bäuerinnen und Bauern von ihren vielfältigen, lokalen Pflanzen auf uniforme Hohertragsorten umgestiegen sind. Denn sie sind es, die weltweit die Tausenden von sogenannten Landsorten, also lokale, nicht uniforme Sorten anbauen, weiterentwickeln und dadurch erhalten. Diese bringen in der Regel weniger Ertrag als die Hohertragsorten, aber dafür haben sie oftmals wichtige Eigenschaften wie etwa Resistenz gegen bestimmte Krankheiten oder Schädlinge, Robustheit gegenüber Trockenheit oder Überschwemmungen. Solche Eigenschaften sind überlebenswichtig – ganz besonders in Zeiten des Klimawandels. Es ist entscheidend, dass diese genetischen Ressourcen erhalten und weiter entwickelt werden und nicht in die Hände einiger weniger Grosskonzerne gelangen. Schon jetzt dominiert eine Handvoll von Unternehmen den globalen kommerziellen Saatgutmarkt, nur die Landsorten sind noch in bäuerlicher Hand.

schwieriger, dafür ist sie aber wegen ihrer breiten Blätter weniger anfällig auf Hitze, toleriert unterschiedliche Wassertiefen, harte klimatische Bedingungen sowie unfruchtbare Böden und ist resistenter gegen Schädlinge und Krankheiten.

Noch bis in die 1960er Jahre wurde in vielen Regionen, wie zum Beispiel in der Region Casamance im Süden Senegals, eine extrem hohe Vielfalt afrikanischer Reissorten angebaut, und es war üblich, dass Bäuerinnen Saatgut austauschten und handelten, um so die optimale Kombination von verschiedenem Saatgut für ihre Felder zu bekommen. Als Reaktion auf die grossen Dürren in der Sahelzone in den 1970er Jahren, bei welchen viele der Reisfelder unbenutzbar wurden, führten nationale und internationale Entwicklungsorganisationen asiatische Reissorten ein. Statt einer Vielzahl lokaler Sorten wurden danach nur noch einige wenige, meist asiatische Reissorten, angebaut. Dies führte vorübergehend zu höheren Erträgen, doch zeigte sich rasch die Anfälligkeit dieser reduzierten Agrobiodiversität. Im regenreichen Jahr 2000 wurden grosse Teile der Reisfelder im Südsenegal vom vielen Regen niedergedrückt, und der Reis verrottete, weil die wenigen neuen, schnell wachsenden Sorten gegen diese Wassermengen zu Beginn der Saison nicht gewappnet waren.

Die Kombination von verschiedenen Varietäten birgt die Chance, auch in Zukunft Sorten zu züchten, die hohe Erträge liefern und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der lokalen Sorten behalten. Damit dies aber gelingen kann, müssen die genetischen Ressourcen der Landsorten erhalten und eine Forschung unterstützt werden, die Pflanzen für eine zukünftige Ernährung der Menschen züchtet – und nicht für einen möglichst hohen Profit.

### Gesetze gegen Vielfalt

Die grosse Agrobiodiversität ist entstanden, weil es lange eine selbstverständliche Praxis der Bauern war, ihr Saatgut aus der Ernte zu gewinnen, dieses weiter zu züchten, zu tauschen oder zu verkaufen. In Afrika wird 80 Prozent des Saatguts durch solche informellen Netzwerke produziert und verbreitet. Aber diese Praktiken und Netzwerke sind in Gefahr. Transnationale Agrokonzerne arbeiten darauf hin, die genetischen Ressourcen von Nutzpflanzen in ihren Besitz oder wenigstens unter ihre Kontrolle zu bringen. Konzerne wie Syngenta und Monsanto wollen auch den afrikanischen Markt erschliessen. Einerseits geht es ihnen darum, ihre Hightech-Sorten auch auf diesem Kontinent zu verkaufen, andererseits haben sie ein grosses Interesse daran, sich die pflanzengenetische Vielfalt Afrikas für die eigene Züchtung anzueignen. Sie wollen die Bauern dazu drängen, jedes Jahr von Neuem Saatgut zu kaufen, auf wel-



Eine gemeinschaftliche Saatgutdatenbank in Kenya (Bild: Tina Goethe, Brot für Alle, 2015).

### Afrikanischer Reis

Ein gutes Beispiel um diese Entwicklung aufzuzeigen ist die Geschichte von Reis in Afrika. Für weite Teile Westafrikas ist Reis ein Hauptnahrungsmittel und wird hier von 10 bis 15 Millionen Menschen angebaut – in vielen Gebieten seit Jahrtausenden. Dennoch müssen die Länder Westafrikas insgesamt Reis im Wert von über einer Milliarde Franken jährlich importieren. Einer der Gründe dafür ist, dass heutzutage meist der asiatische Reis (*Oryza sativa*), angepflanzt wird, anstatt des früher verbreiteten sogenannten afrikanischen Reises (*Oryza glaberrima*). Diese Reissorte hat zwar weniger Ertrag, ihr Anbau ist arbeitsintensiver, und ihre Verarbeitung

chem die Konzerne Patent- und Sortenschutzrechte halten. Werden entsprechende Gesetzgebungen in afrikanischen Ländern strikt durchgesetzt, wird es für die Bäuerinnen immer schwieriger – oder sogar illegal – ihr eigenes Saatgut zu verkaufen oder zu tauschen. Und schliesslich erleichtern sie es den Konzernen, sich Monopolrechte auf genetischen Ressourcen anzueignen, welche bisher Gemeingut waren.

Sortenschutz und Patentierung werden heute durch WTO-Verträge international durchgesetzt. Aber eine mächtige Lobby von Konzernen drängt viele Länder in Afrika dazu, noch strengere Gesetze für Sortenschutz und Patentierung von Pflanzen durchzudrücken, als dies die WTO vorschreiben würde. Für den Sortenschutz gilt das Übereinkommen des internationalen Verbands zum Schutz von Pflanzenzüchtungen UPOV 91 als Standard. Die Verschärfungen gelingen mit Hilfe von bi- und multilateralen Freihandelsabkommen oder im Rahmen von grossen Public Private Partnerships. In der grössten solchen Partnerschaft, der «G8 New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa», sind zum Beispiel mit Monsanto, DuPont Pioneer und Syngenta die drei grössten Saatgutkonzerne der Welt vertreten. Sie kontrollieren zusammen fast die Hälfte des weltweiten kommerziellen Saatgutsektors und lobbyieren für strengere Gesetze, die ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre Monopolrechte an Pflanzen schützen.

Die strengen, konzernfreundlichen Gesetze haben drastische Konsequenzen für die bäuerlichen Produzenten. Erstens werden Sorten der industriellen Züchterinnen und Züchter gegenüber den sogenannten Landsorten bevorteilt, weil letztere den formalen Anforderungen oft nicht gerecht werden und daher nicht durch Sortenschutz geschützt werden können.

Zweitens greift UPOV 91 direkt in den Bauernbetrieb ein. Es soll den Bäuerinnen nicht mehr erlaubt sein, Saatgut aus der Ernte rechtlich geschützter Sorten zu gewinnen und im Folgejahr wieder auszusäen oder untereinander zu tauschen. In Kenya drohen Bauern, die Saatgut verkaufen ohne als Händlerinnen und Händler registriert zu sein, bis zu zwei Jahre Haft oder eine Busse von umgerechnet fast 50 000 Franken. In Malawi steht im entsprechenden Gesetz explizit, dass im Wort «verkaufen» auch «verschenken» enthalten und letzteres somit ebenfalls strafbar sei.

Drittens erleichtern die Gesetze nach UPOV 91 den Konzernen, sich die vorhandenen genetischen Ressourcen anzueignen. Konzerne oder Forschungsinstitutionen können dabei auf das Feld eines Bauern gehen, Pflanzen sammeln und diese weiterzüchten. Sobald sie damit eine homogene Sorte gezüchtet haben, die «neu» ist, können sie diese registrieren lassen. Bei der Bewertung dessen was «neu» ist, zählt das Wissen der Saatgutindustrie und der Registrationsbüros, nicht dasjenige der Bäuerinnen. In Algerien zum Beispiel schützt die entsprechende Registrierung dann nicht nur die betreffende Sorte, sondern auch alle Pflanzen, die davon nicht klar abgrenzbar sind – also oft auch die Sorten, aus welchen die neue homogenisiert wurde.

Viertens verschaffen diese Gesetze den Agrokonzernen auch gegenüber den lokalen Konkurrenten einen Marktvorteil. Der Besitz von Agrobiodiversität und dessen kommerzielle Nutzung können grossen

Profit abwerfen und die Macht der Konzerne weiter ausbauen. Um an diese Ressource zu kommen, hat Syngenta 2013 zum Beispiel den zambischen Saatgutproduzenten MRI Seeds übernommen, dessen Sammlung von Maiskeimgewebe zu den vollständigsten und vielfältigsten in ganz Afrika zählt. Dies ist kein Einzelfall, wie viele weitere Beispiele aus dem südlichen Afrika belegen. Diese Konzentration der Saatgutzüchtung bei einigen wenigen Agrochemiekonzernen birgt die Gefahr, dass nur noch Sorten entwickelt werden, die auf eine industrialisierte und chemieintensive Landwirtschaft zugeschnitten sind.



#### Agrobiodiversität für wen?

Es braucht Investitionen in die Pflanzenzucht, und es braucht Sorten, die angepasst sind an das Klima, an Schädlinge und Krankheiten. Viele dieser Eigenschaften sind in Landsorten schon vorhanden, oder sie könnten auf deren Basis gezüchtet werden. Diese Vielfalt basiert auf der Arbeit und dem Wissen der Bauern und auf Jahrtausende langer Entwicklung. Die Stärkung dieses bäuerlichen Saatguts ist von entscheidender Bedeutung für eine zukunftsfähige, gerechte Landwirtschaft, wie das Beispiel des afrikanischen Reises zeigt. Aber immer strengere Sortenschutzgesetze verunmöglichen es den Bauern, weiterhin so zu Innovationen beizutragen, wie sie es heute bereits tun. Das Recht der Bäuerinnen, Saatgut auszutauschen und weiter zu züchten, ist elementar für die Agrobiodiversität, spricht für die Entwicklung von vielfältigen Sorten, die angepasst sind an lokale Bedingungen, wie die Bodenqualität, das Klima, Schädlinge und Krankheiten. Solche angepassten Sorten, die nicht durch Monopolrechte geschützt sind, sind elementar für die Unabhängigkeit und die Ernährungssouveränität der bäuerlichen Produzenten – und jener von uns allen. ■

Der Verkauf des eigenen Saatguts, wie er hier von der kenyanischen Bäuerin Gladys Wandia Kariuki und Daniel Maingi von der NGO Growth Partners Africa dargestellt wird, ist heute eine Straftat – eine Absurdität der nur mit Lachen begegnet werden kann (Bild: Tina Goethe, Brot für Alle, 2015).

Silva Lieberherr ist Agrarökonomin und Fachperson für Entwicklungsparadigmen in der Landwirtschaft bei Brot für Alle. Sie doktoriert an der Uni Zürich zu Bauernbewegungen in Indien. Kontakt: lieberherr@bfa-ppp.ch.

Luregn Lenggenhager ist Assistent am Lehrstuhl für Neuere Geschichte an der Universität Zürich. In seinem Dissertationsvorhaben setzt er sich mit der Geschichte von Naturschutz und ökologischer Forschung im südlichen Afrika auseinander. Kontakt: luregn.lenggenhager@uzh.ch.

# Mozambique auf dem Holzweg?

## Monokulturen mit verheerenden Wirkungen

**Ungebundenes Kapital, das nach Anlagemöglichkeiten sucht, gibt es in rauen Mengen. Auch Holzproduktion kann profitabel sein, insbesondere wenn nicht mit europäischen Land- und Arbeitspreisen gerechnet werden muss. Ausserdem wächst Papierholz in tropischen und subtropischen Klimata schneller heran. Ein weiterer Vorteil: Holzplantagen werden selbst von der UN-World Forest Conference vorderhand noch dem Naturwald gleichgesetzt und können deshalb als ökologische Investition in entsprechende Anlagefonds eingehen. Monika Orlowski hat recherchiert, wie sich diese neue Strategie in Mozambique auswirkt.**

6

Da die weltweite Nachfrage nach Holz für Papier, andere Zelluloseprodukte und in zunehmendem Masse auch zur Energiegewinnung ständig zunimmt, steigt die Fläche der Forst-Monokulturen rasant an. Nach Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat sie im globalen Süden zwischen 1990 und 2012 von 95 auf 153 Millionen Hektar zugenommen – eine Steigerung von mehr als 50 Prozent. Dieser Trend erreichte vor ungefähr zehn Jahren auch Mozambique.

Laut einer vom World Rainforest Movement 2010 veröffentlichten Studie gab es 2009 bereits mehrere Grossprojekte für Forstplantagen in den Provinzen Nampula, Niassa, Zambezia und Manica. 2010 gab es in Mozambique schätzungsweise 62 000 Hektar Forstplantagen, hauptsächlich Eukalyptus und Kiefer. Dies ist aber nur ein sehr geringer Teil dessen, was für die Zukunft geplant ist. In Zentral- und Nordmozambique wird von verschiedenen Investorinnen bereits mehr als eine Million Hektar Land beansprucht. Bei den Flächen handelt es sich grösstenteils um traditionell genutztes Farmland, aber auch um Naturwälder. Da die Regierung im Rahmen ihrer Entwicklungsstrategien auf Grossinvestoren für die Land- und Forstwirtschaft setzt und besonders für Zentral- und Nordmozambique im Ausland um Investitionen in Forstplantagen wirbt, werden noch Millionen Hektar hinzukommen.

Der Landraub für die bislang existierenden Forst-Monokulturen ist bereits deutlich spürbar: Untersuchungen belegen zahlreiche Fälle von unrechtmässiger Landaneignung, fehlenden Gemeindekonsultationen und in Einzelfällen auch Vertreibungen. So hat laut einer Untersuchung des mozambikanischen Landwirtschaftsministeriums und der nationalen Direktion für Land und Forstwirtschaft das Unternehmen Chikweti (ehemals GSFF, seit 2014 von der norwegischen Aktiengesellschaft Green Resources übernommen), in Niassa 2010 illegal eine Fläche von 32 000 Hektar bepflanzt. Rechtswidriges Verhalten der Investorinnen wurde bislang nicht geahndet. Dadurch ist die Nahrungssicherheit der lokalen Bevölkerung akut gefährdet.

### Gefahren der Umnutzung

Forstplantagen sind Monokulturen und stellen damit keinen eigenen Naturraum von ökologischem Wert dar. Vielmehr verursachen sie zahlreiche Umweltschäden. Diese sind in Mozambique bislang erst punktuell beobachtet worden, da die meisten Schäden erst nach mehreren Jahren auftreten. Die zu erwartenden Folgen sind aufgrund der Erfahrungen mit Eukalyptus- und Pinien-Plantagen in anderen Ländern bekannt:

- Absinken des Grundwassers durch den hohen Wasserverbrauch schnellwachsender Baumarten
- Austrocknen von Brunnen
- Verunreinigung des Grundwassers durch Düngemittel, Herbizide und Pestizide wie Glyphosat
- Verlust der Biodiversität, Degradierung von Boden, Erosionsanfälligkeit

Zusätzlich stellen die teilweise vernichteten Naturwälder an sich einen Verlust an Ressourcen dar. Das Sammeln von Wildfrüchten zum Beispiel ist auch für die Ernährung wichtig.

### Das Argument Arbeitsplätze

Das Hauptargument der Politikerinnen und auch der ausländischen Investoren gegenüber den traditionellen Dorfoberhäuptern (Regulos) dafür, Gemeinland für Plantagen zur Verfügung zu stellen, ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. In Provinzen, in denen mehr als 80 Prozent der Bevölkerung von Subsistenzlandwirtschaft lebt, klingt dies zunächst verlockend. Auch die traditionellen Gemeindevorsteher werden oft mit Arbeitsverträgen von den Gesellschaften gelockt, was ihre Bereitschaft zur Kooperation zunächst verstärkt. Die Ernüchterung macht sich erst breit, wenn nach einem oder zwei Jahren klar wird, dass es sich nicht um Dauerarbeitsplätze handelt. Bis dahin ist das Land aber für 50 oder sogar 100 Jahre vergeben und für die nachfolgenden Generationen verloren.

Wie viele Arbeitsplätze tatsächlich geschaffen wurden, lässt sich nicht feststellen, da sehr unterschiedliche Angaben zur Zahl der Beschäftigten kursieren. Es gab bereits Konflikte zwischen Lurio Green Resources (einer Tochtergesellschaft der norwegischen Aktiengesellschaft Green Resources) und vorzeitig entlassenen Arbeiterinnen. In der Phase der Landvorbereitung und des Anpflanzens wird eine Vielzahl von Saisonarbeitern beschäftigt. Die Arbeitsplätze werden aber drastisch reduziert, sobald eine Plantage etabliert ist. Chikweti Forest hatte z.B. ursprünglich versprochen, 3 000 Arbeitsplätze in Niassa zu schaffen. Laut Angaben der Malonda Foundation hat Chikweti die Zahl der Beschäftigten im Jahr 2012 jedoch von 2500 auf 900 reduziert. Die Kritik der Regulos und der Gemeinden an der Zahl und Qualität der Arbeitsplätze zeigt, dass diese Zusammenhänge nicht bekannt waren, auch weil die meisten Arbeiter noch nie zuvor in einem formellen Beschäftigungsverhältnis standen.

Ein weiterer kritischer Punkt ist das zeitliche Zusammenfallen der Arbeitsspitzen für Saisonarbeiterinnen und Kleinbauern. Zu Beginn der Regenzeit werden die jungen Bäume auf den Plantagen gepflanzt, zu dieser Zeit müssen aber auch die Felder bestellt wer-

## Die Biodiversität als Opfer von Forst-Monokulturen

Die Kiefern- und Eukalyptusplantagen in den nördlichen Provinzen Mozambiques werden im Verbreitungsgebiet der Miombo- und anderer offener Wälder angelegt. Diese zählen zu den artenreichsten Lebensräumen ausserhalb der tropischen Regenwälder Afrikas. Eine grosse Zahl von Herbivoren, Raubtieren und Vogelarten kommen hier vor. Da die Monokulturen exotischer Baumarten biologische Wüsten darstellen, gehen diese artenreichen Miombo-Wälder für die Erhaltung der Biodiversität verloren – eine Tendenz die sich im ganzen südlichen Afrika abzeichnet. In Forstmonokulturen besteht zudem ein hohes Risiko für eine Versauerung des Bodens und ein Absinken des Grundwasserspiegels. Die Tatsache, dass die Forstplantagen in Mozambique auf einen Handel mit Emissionszertifikaten abzielen, entbehrt nicht einer bitteren Ironie: Das Konzept zur Verminderung der Emissionen aus der Entwaldung und Wald-

degradierung in Entwicklungsländern (REDD+), das über Zertifikate für verhinderte Entwaldung finanziert wird, ist Teil des Pariser Klimaschutzvertrags geworden. Dieser verweist jedoch ausdrücklich auf Zusatzleistungen, unter anderem den Naturschutz. Dem Anspruch Kohlenstoffsenken zu schaffen, dürfen also nicht alle anderen Ökosystemleistungen geopfert werden. Der tatsächliche Treiber hinter den Forstmonokulturen ist freilich nicht etwa die Bindung von Kohlenstoff aus der Atmosphäre, sondern das rein kommerzielle Interesse der Papierholz- und Zellstoffindustrie.

Claude Martin war von 1993-2005 Generaldirektor des WWF International und an der Gründung des Forest Stewardship Council (FSC) und des Marine Stewardship Councils (MSC) beteiligt. Er ist der Autor des Buches und Berichts an den Club of Rome: «Endspiel – Wie wir das Schicksal der tropischen Regenwälder noch wenden können». München 2015 (oekom Verlag).

den Saisonarbeiter, die von den Plantagen als Pflanzler angestellt werden, haben dann keine Zeit mehr, zusätzlich ihre eigenen Felder zu bestellen. In Interviews haben mehrere Regulos zu bedenken gegeben, dass die grösste Bedrohung ihrer Gemeinden die immer wiederkehrenden Hungerperioden sind, die durch Missernten oder mangelnde Nahrungsmittelproduktion verursacht werden. «Eukalyptus kann man nicht essen» wird häufig als Argument gegen die Plantagen angeführt. Diese Widersprüche werden in den mozambikanischen Medien zurzeit kaum aufgegriffen. Dadurch wird es den Investorinnen möglich, abseits von politischer oder medialer kritischer Kontrolle die Projekte gemäss ihren Interessen umzusetzen.

Die beiden grössten im Bereich Forstwirtschaft aktiven Unternehmen in Mozambique sind Green Resources und Portucel. Green Resources ist nach eigenen Angaben eines der ersten Unternehmen weltweit, das im Rahmen des Emissionshandels Zertifikate verkauft und daraus Einnahmen erwirtschaftet. Ausserdem sind die meisten ihrer Plantagen inzwischen FSC-zertifiziert. Dieses Labeling von hochgradig umweltschädlichen Monokulturen als nachhaltige Produkte ist jedoch irreführend.

Das portugiesische Unternehmen Portucel plant ein integriertes Forstprojekt mit Forstplantagen, Zellulose- und Papierproduktion und Biomasse-Kraftwerken. Dieses Projekt wird von der Regierung Mozambiques sehr unterstützt. Der mozambikanische Präsident Filipe Nyusi bekräftigte im September 2015, dass Portucel bereits 365 000 Hektar in Manica und Zambezia für Eukalyptusplantagen zur Verfügung stünden. Die IFC (International Finance Corporation), die zur Weltbankgruppe gehört, ist seit Dezember 2014 mit 20 Prozent an Portucel Mozambique beteiligt. IFC wird das Projekt zwei Jahre lang mit einem internationalen

Team bei der Projektkomponente «Gemeindeentwicklung» unterstützen, die mit 40 Millionen USD veranschlagt ist und 130 000 Menschen in Manica und Zambezia erreichen soll.

Laut dem Sprecher von IFC sind die Produkte (Zellulose und Biomasse, wie z.B. Holzpellets) ausschliesslich für den Export bestimmt, mit einem geschätzten Verkaufsvolumen von jährlich einer Milliarde USD ab 2023. Damit handelt es sich um das grösste Investitionsprojekt ausserhalb der Megaprojekte der extraktiven Industrie und der grossen Infrastrukturprojekte.

### Widerstand?

Es ist für die lokalen Gemeinden schwierig und oft auch gefährlich, ihr Land gegen die Interessen der politischen Eliten zu verteidigen. Dies verdeutlicht die Aussage eines Gemeindeführers, dessen Gemeinde sich zunächst gegen Eukalyptusplantagen auf ihrem Gebiet ausgesprochen hatte: «Wenn man sich dazu entschlossen hat, die Plantagen zu verbieten, bekommt man Angst vor der Regierung». Seit die Unternehmen jedoch immer mehr Land beanspruchen, das von den Gemeinden nicht zugesagt worden war, kommt es immer häufiger zu offenem Widerstand. Widerstand zeigt sich auch darin, dass die Regulos der betroffenen Gemeinden versuchen, sich zu organisieren und gemeinsam gegen den Landraub vorzugehen. ■

Monika Orłowski ist Diplomagraringenieurin mit Schwerpunkt nachhaltige Regionalentwicklung. Sie ist langjähriges Mitglied des Koordinierungskreises Mosambik e.V. (KKM). Kontakt: moni@orlix.de. Der Beitrag ist eine Zusammenfassung einer umfangreicheren Recherche des KKM zum Thema. Die komplette Studie «Auf dem Holzweg? Forstplantagen in Mosambik» ist online verfügbar: [www.kkmosambik.de/content/?p=1609](http://www.kkmosambik.de/content/?p=1609).

# Darwin's Nightmare revisited

## Auswirkungen des invasiven Nilbarsches am Viktoriasee

Als invasive Fischart hat der Nilbarsch das Ökosystem des Viktoriasees tüchtig durcheinandergebracht. Davon zeichnete Hubert Sauper mit seinem Dokumentarfilm «Darwin's Nightmare» ein düsteres, apokalyptisches Bild, in dem sich ökologische Fragen mit Waffenhandel, Prostitution und HIV/Aids vermengen. Doch wie Julia Büchele in ihrem Beitrag zeigt, lohnt es sich, genau hinzusehen, denn auch dank dem Nilbarsch hat sich die tanzanische Stadt Mwanza zu einem wirtschaftlichen Zentrum entwickelt.

Kurz bevor die Strasse in einen Kreisverkehr mündet, der das Stadtzentrum von Mwanza ankündigt, ragt der grosse Bau der neuen Rock City Mall in die Höhe, benannt nach den ungewöhnlichen aufeinandergetürmten Felsformationen in der Region. Das Gebäude hat die Form eines Fisches, wie uns der Ingenieur Zuma erklärt, während er uns im Juni 2015 stolz durch die noch leeren Hallen des Gebäudes führt. Es ist ein Symbol für den wirtschaftlichen Erfolg der exportorientierten Fischindustrie. Ende 2015 wurde der Bau eröffnet. Noch sind nicht alle Geschäfte eingezogen, und nur vereinzelt stehen Autos auf dem grossen Parkplatz. Aber Zuma ist zuversichtlich: alle werden kommen, Käufer und Verkäuferinnen aus der ganze Region, und der Fisch wird Geld ausspucken. Die Rock City Mall schreibt die Zeitung The Citizen im September 2015, ist das grösste Einkaufszentrum seiner Art in Tanzania, und übertrifft sogar die West Gate Mall in Nairobi. Mit der Eröffnung dieses Einkaufszentrums macht sich Mwanza bereit, zur Mega City zu werden, schreibt die Zeitung weiter. Das geographische Zentrum Ostafrikas soll zu einem wirtschaftlichen Knotenpunkt der Region werden.

Intuitive Interviewtechniken und suggestive Bildsprache reproduzierten die wohlbekannte, afropessimistische Trope des «schwarzen Kontinents», so der Vorwurf. Nicht zuletzt durch den Film wurde der Nilbarsch (Lates niloticus) zu einem der berühmtesten Beispiele für die Folgen einer sich rasch vermehrenden invasiven Tierart. Ein einsamer Räuber, der bis zu zwei Meter lang und 200 Kilo schwer werden kann und innerhalb weniger Jahre Hunderte anderer Fischarten (Cichliden) im Viktoriasee verdrängte. In den 1990er Jahren drohte dem See durch Überfischung, dem Rückgang der Biodiversität und der Ausbreitung der Wasserhyazinthen der «biologische Untergang».

«Darwin's Nightmare» evoziert bereits im Vorspann den Tod: während ein Flugzeug zur Landung ansetzt surrt im Wachturm des Flughafens eine Biene und fliegt gegen die Fensterscheibe. Der Wächter telefoniert, ein Signal ist ausgefallen. Sichtlich genervt, steht er von seinem Stuhl auf und erschlägt die Biene mit einer zusammengefalteten Zeitung. Während die Biene noch um ihr Leben zappelt, landet das Flugzeug. «Welcome Mwanza Airport» steht in weissen Lettern auf dem roten Dach des schmalen Flugzeuggebäudes. Noch einmal schlägt der Wächter auf die Biene ein, diesmal heftiger. Die tote Biene klebt am Fenster. Vier weisse Männer steigen aus dem Flugzeug und gehen über das Rollfeld, locker bekleidet in Shorts, T-shirts und robusten Schuhen, russischer Gesang im Hintergrund. Der Titel der ersten Szene im Film nimmt die destruktive Dramatik bereits vorweg:

Airstrip, Lake Victoria, West Tanzania.

The biggest tropical lake of the earth, source of the river Nile ...

Heart of Africa ... said to be the birthplace of humankind.

Und diese Wiege der Menschheit ist – wie der Film suggeriert – dem Untergang geweiht. Denn der Nilbarsch zerstört nicht nur das Ökosystem, sondern spült vor allem Geld in die Taschen kurzfristiger Investoren. Der Lokalbevölkerung bleiben höchstens ein paar Krümel des Kuchens. «Darwin's Nightmare» erzählt die Geschichte einer unausweichlichen Apokalypse, die mit dem Nilbarsch ihren Anfang nimmt.

### Ein überaus erfolgreicher Invasor

Vor rund 50 Jahren gelangte der Nilbarsch in den Viktoriasee. Wie genau, darüber kann heute nur spekuliert werden. Die Fertigstellung der Eisenbahn von Mombasa nach Kisumu 1901 ermöglichte den raschen Transport von Fisch auf die Märkte von Nairobi. Bereits in den 1920er Jahren wurde die Sorge um den Rückgang des Fischbestandes im Viktoriasee laut. Die Debatte, ob der im Albertsee ansässige Nilbarsch in den Viktoriasee eingesetzt werden sollte, spaltete Kolonialadministratoren und Wissenschaftler in den dar-

### Ein Fisch als Filmstar

Ein ganz anderes Bild dieser kleinen Stadt am südlichen Ufer des Viktoriasees ging 2004 mit dem Film «Darwin's Nightmare» um die Welt. Die österreichisch-belgische Filmproduktion unter der Regie Hubert Saupers suggeriert einen Kausalzusammenhang zwischen den ökologischen Folgen des Nilbarsches, dem Erfolg des industriellen Fischexports, Armut, Prostitution, Drogen und Waffenimport durch russische Flugzeugpiloten. Saupers Doku-Drama zerrte ein apokalyptisches Szenario ins Rampenlicht internationaler Filmfestivals. Es wurde als innovatives Meisterwerk gefeiert und als wahnhaftige Übertreibung kritisiert. Manipula-



Die Rock City Mall in Form eines Fisches zollt dem Nilbarsch Tribut (Bild: James Merron 2014).



auffolgenden Jahren. Forscher konnten sich politisch nicht durchsetzen, obwohl sie darauf hinwiesen, dass der Nilbarsch den für die Fischerei wichtigen Tilapiabestand gefährden könnte. Einig waren sich beide Seiten jedoch darüber, dass sich der Nilbarsch im Viktoriasee schnell vermehren würde.

Doch schon wurde gemunkelt, dass der Nilbarsch in der Nähe von Port Bell in Uganda gesichtet worden sei, und 1961 wurde tatsächlich der erste Nilbarsch in der Nähe von Mwanza gefangen. Hatte sich der Fisch selbstständig einen Weg durch den Nildamm gebahnt? Oder stimmen doch die Berichte eines Mitarbeiters des Uganda Game and Fisheries Department (UGFD), dass der Fisch in den 1950er Jahren vom UGFD eingeführt wurde? Fakt ist, dass sich der Raubfisch atemberaubend schnell vermehrte und sich als «König» des Sees etablierte, wie der Biologe Godfrey vom Tanzania Fisheries Research Institute (TAFIRI) es ausdrückt.

Der Nilbarsch brachte nicht nur das ökologische Gleichgewicht des Sees ins Schwanken, sondern wurde gleichzeitig mit Hilfe von Weltbankkrediten zu einer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte in Tanzania. Die Industrie wird gespeist durch die nächtlichen Fänge hunderter Fischer, die zu zweit oder dritt auf den See fahren. Ihre Kerosinlampen lassen den See wie den Sternenhimmel über ihnen erscheinen. Sie locken Insekten an, die wiederum Fische anziehen und den Fischern volle Netze bescheren. Der Hauptteil der Gewinne geht an die Firmen. Dennoch garantiert die Fischerei eine Lebensgrundlage für einen Grossteil der Bevölkerung. Was die Industrie nicht exportieren kann, wird auf lokalen Märkten weiterverarbeitet und in die umliegenden Länder bis in den Kongo transportiert.

### Mwanza – ein wirtschaftliches Zentrum

Während in «Darwin's Nightmare» die kleine Stadt am südlichen Ufer des Viktoriasees zur exemplarischen Kulisse für die dystopische Geschichte eines destruktiven globalen Kapitalsystems wird, in der biologischer und sozialer Darwinismus sich die Hand geben, ist die Stimmung in Mwanza zehn Jahre nach der Veröffentlichung des Films eine ganz andere. Das Leben in Mwanza ist weiter gegangen. Die Stadt der Felsen ist standfest geblieben. Sie ist stärker als von einem Fremden vorausgesagt, der mit seinem Film eine düstere Zukunft prognostiziert hatte.

«Mwanza the heart of Nyanza» lautet heute das Motto der Stadtverwaltung von Mwanza: Ostafrika der Körper, der See das Herz und Mwanza der Pulsgeber. Wie im grossen Einkaufszentrum so herrscht auch im Rathaus, wo die von der tanzanischen Regierung engagierte Firma SURBANA mit Sitz in Singapur einen Masterplan für die Stadt entwirft, Zuversicht. Die Zukunft von Mwanza baut sich aus Elementen zusammen, die in anderen Städten bereits erprobt wurden. Eine typische Stadt mit Wasserfront und den üblichen Problemen eines Entwicklungslandes. Alle Parzellen der Stadt werden vermessen, Bausubstanz geprüft und mögliche Nutzungsszenarien entworfen. Das Budget des Stadtplanungsprojektes erlaubt, auch Kommunikationsexperten anzustellen. Überzeugungsarbeit soll geleistet werden, damit die Bevölkerung über die einzelnen Massnahmen möglichst gut informiert wird



Der Film «Darwin's Nightmare» von Hugo Sauper polarisiert mit starken Bildern (Bild: Film Still).

und die bevorstehenden Veränderungen im Sinne des kapitalistischen Zentrums Ostafrikas versteht, das zur Blüte erwacht. Die Strasse vom Flughafen ins Zentrum soll erweitert werden. In Mwanza hört man überall Spekulationen über Pläne, den kleinen Flughafen zu einem internationalen Landeplatz auszubauen. Schliesslich soll das Einkaufszentrum Kunden aus allen ostafrikanischen Ländern anziehen.

### Sorge nicht wegen sondern um den Nilbarsch

Der Nilbarsch ist symbolisch und wirtschaftlich zu einem wichtigen Teil Mwanzas geworden. Nach dem ökonomischen Boom wäre die Bekämpfung des Nilbarsches keine akzeptable Lösung gewesen. Der Fisch war längst zur Lebensgrundlage des Grossteils der Bevölkerung geworden. Nachdem Godfrey die Geschichte der Vermehrung des Nilbarsches erzählt hat, muss er zu einem nächsten Meeting. Wie steht es heute um den König des Sees? «Der Nilbarsch hat zu viel Macht an sich gerissen», sagt Godfrey beim Hinausgehen. «So glücklich ist er leider auch nicht mehr, sonst würde er nicht langsam wieder verschwinden». Heute ist das drängende Problem nicht, dass der Nilbarsch den See bedroht. Vielmehr ist durch die intensive Fischerei der Bestand zurückgegangen.

Ein Versuch, die Fischindustrie aufrechtzuerhalten ist die Entwicklung von Fisch-Farmen, die derzeit von TAFIRI vorangetrieben wird. Wissenschaftliches Know-how wird anwendungsorientiert eingesetzt, um möglichst kostengünstige Technologien für Kleinfarmen zu entwickeln, und dieses Wissen an Fischer und Kleinbäuerinnen zu vermitteln. Der erhoffte Nebeneffekt ist, dass dadurch auch eine Alternative zur seenahen Landwirtschaft geschaffen wird, und weniger Düngemittel in den See gelangen.

Hubert Saupers Prognose der wirtschaftlichen und sozialen Zerstörung durch die kommerzielle Nutzung des Nilbarsches ist nicht eingetroffen. Fast ironisch scheint die Tatsache, dass die Wirtschaft nicht nur Gewinne eingebracht, sondern durch die Nutzung des Fisches auch zum ökologischen Gleichgewicht beigetragen hat. Der See erholt sich. Manche Wissenschaftler bei TAFIRI wagen die Prognose, dass die Wasserqualität sich wieder verbessert, und in den letzten Jahren wurden sogar neue Arten von Cichliden entdeckt. Die Sorge ist nicht mehr die bedrohliche Überzahl des Nilbarschs sondern ein möglicher weiterer Rückgang des Nilbarschbestands. Wird sich dann das Ökosystem ganz erholen? Wird gleichzeitig die wirtschaftliche Grundlage von Mwanza zerstört? Innovationen, Investitionen und Planung sind das Gebot der Stunde. Die Apokalypse von «Darwin's Nightmare» ist nicht eingetroffen und die Menschen in Mwanza sind zuversichtlich. Aber die Zukunft bleibt unvorhersehbar. ■

Julia Büchele ist Doktorandin am Zentrum für Afrikastudien. Nach einem ersten Aufenthalt in Mwanza 2014, hat sie zusammen mit James Merron 2015 eine Lehrforschung in Mwanza mit Basler Studierenden durchgeführt. Kontakt: j.buechele@unibas.ch.

## Nigeria

### Hat Shell gelogen?

Laut einem Bericht von Amnesty International und dem Zentrum für Umwelt, Menschenrechte und Entwicklung (CEHRD) hat Shell International die Weltöffentlichkeit belogen: Seit das UNO-Umweltprogramm 2011 das Gebiet des Niger-Deltas als «hoch vergiftet» einstufte, hat der Mineralöl-Gigant wiederholt behauptet, das Gebiet von den Spuren der fast 1700 Förderunfälle, zu denen er sich seit 2007 bekannt hat, gereinigt zu haben. Die Menschen, die zwischen den 50 Förderanlagen leben, seien jedoch noch immer von Erdöldämpfen, ölverkrustetem Boden und Ölteppichen umgeben, berichten jetzt hingegen Amnesty und CEHRD. Der Bericht klagt aber auch die nigerianische Regierung an: Die nationale Umweltschutzbehörde sei nicht nur zu schwach, um wirksame Kontrollen durchführen zu können, sondern auch korrupt. ■

## Angola

### Drangsalierte Opposition

Zwischen dem 20. und 24. Juni 2015 hat die angolische Sicherheitspolizei 15 Oppositionelle anlässlich einer friedlichen Zusammenkunft verhaftet. Sie wurden der Anklage der Rebellion und des versuchten Staatsstreiches angeklagt und blieben bis Mitte Dezember eingekerkert. Der Prozess begann am 16. November 2015, doch dank einer internationalen Protestwelle wurden die Urteile unter der dafür veranschlagten Maximalstrafe von drei Jahren angesetzt. Die 15 Aktivisten wurden danach in Hausarrest «entlassen», wobei unentschieden blieb, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wird. ■

## Westsahara

### Ein klares Zeichen

Die Befreiungsbewegung der Westsahara, Frente Polisario, hat einen juristischen Sieg über Marokko und die Europäische Union errungen. Der EU-Gerichtshof erklärte Mitte Dezember 2015 ein Freihandelsabkommen von 2012 zwischen dem nordafrikanischen Königreich und Brüssel für ungültig. Grund: Der Vertrag schliesst die seit 1975 von Marokko völkerrechtswidrig besetzte spanische Exkolonie Westsahara mit ein. «Die Souveränität Marokkos über die Westsahara wird weder von der EU noch von deren Mitgliedsstaaten und auch nicht von den Vereinten Nationen anerkannt», heisst es im Urteil, gegen das Rabat und Brüssel binnen zweier Monate Widerspruch einlegen können. Erstmals erkennt damit ein europäisches Gericht die Polisario als Konfliktpartner an und gesteht ihr Hoheitsrechte und Interessen über das Gebiet zu. Die Polisario hatte vor drei Jahren mit der Begründung geklagt, dass das Abkommen eine Form «wirtschaftlicher Ausbeutung mit dem Ziel, die Struktur der sahrauischen Gesellschaft zu verändern», sei.

Die Polisario hat zwei weitere Klagen in Europa eingereicht: zum einen gegen ein Importabkommen zwischen Grossbritannien und Marokko und zum anderen gegen ein Fischereiabkommen mit der EU.

Das jüngste Abkommen dieser Art stammt aus dem Jahr 2014 und sieht die Zahlung von 30 Millionen Euro an Marokko vor. Im Gegenzug dürfen 126 Boote in den Gewässern Marokkos – und vor allem in denen der besetzten Westsahara – fischen. Die Reeder zahlen dafür weitere zehn Millionen Euro an Marokko. ■

## Burundi

### Friedensgespräche in Kampala

Auf Einladung der Afrikanischen Union, die Präsident Museveni zum Mediator in Burundis internen Konflikt berufen hat, findet seit 28. Dezember 2015 in Kampala eine Konferenz zwischen Regierungsvertretern und verschiedenen oppositionellen Parteien Burundis statt. Eine Expertenmission der Vereinten Nationen in Rwanda, die den Vorwurf militärischer Beihilfen an die Opposition untersuchte, bewirkte, dass die rwandische Regierung sich abseits hält. Die Zahl der burundischen Flüchtlinge in diesem Land ist von 200 000 auf 72 000 zurückgegangen. Da die Koalition der burundischen Opposition zurzeit führungslos ist, konnte Präsident Nkurunziza durchsetzen, dass die einzelnen Oppositionsparteien separat vertreten sind. Dies könnte die verschiedenen Konfliktmotive erstmals klarer auseinanderhalten: Neben dem Widerstand gegen die Fortdauer von Nkurunzizas Regime, der auch von ethnischen Hutus mitgetragen wird, gibt es ein Interesse der ethnischen Tutsis an einem Regierungswechsel zu ihrem Gunsten. Sie haben über die vergangenen zehn Jahre ihre in 35jähriger Herrschaft gesicherten Privilegien eingebüsst. Nkurunziza – zweifellos ein Hardliner – bleibt nach einer umstrittenen Wahl im Juni 2015 mit 69 Prozent Zustimmung im Präsidialamt. Wie von ihm erhofft, wurde die von der AU beschlossene Entsendung einer 5000köpfigen Friedenstruppe nicht umgesetzt. Die zwangsweise Requirierung sämtlicher Waffen in zivilen Händen durch die burundische Armee Mitte Dezember hat der Hauptstadt Bujumbura keine Ruhe gebracht. Angriffe von Rebellen auf Militärlager wurden von Sicherheitskräften in beispielloser Brutalität an willkürlich ausgesuchten Zivilisten «gerächt». ■

## Zentralafrikanische Republik

### Genügen die Wahlen für die Sicherung des Friedens?

Aufatmend begrüsst die Welt die erfolgreich durchgeführten Wahlen in der zentralafrikanischen Republik. Nachdem anfangs Dezember erneut Milizen ein Flüchtlingslager angriffen, und die Ankündigung des provisorischen Verfassungsgerichtes, dass der frühere Präsident Bozizé von einer Kandidatur ausgeschlossen sei, einen neuen Tumult in Bangui hervorrief, glaubten wenige mehr an einen glimpflichen Verlauf der Wahlen. Die beiden Erstplatzierten sind frühere Minister unter Bozizé, respektive Patassé, die sich Ende Januar in Stichwahlen nochmals gegenüber standen.

Gleichzeitig aber meldete sich der heutige Kommandant der muslimischen Seleka, längst ganz in den Nordosten zurückgezogen, erneut zu Wort mit der Ankündigung, aus dieser Provinz einen autonomen Staat zu machen. Es wird noch gerätselt, ob dies ernst sein könne oder vielmehr ein Versuch, die Verhandlungsposition für diese wenig erschlossene Region zu stärken.

Derweil klagt Global Witness europäische Holzfirmen an, den Milizen Millionen zugeschanzt zu haben. Unklar ist, ob es dabei um willentliche Mandatierungen für Kriegshandlungen oder um Schutzgelder ging. Zwei Drittel des in der RCA geschlagenen Holzes sind für den europäischen Markt bestimmt. ■

## Äthiopien

### Repression einer Bauern-Demonstration

Teile der Landbevölkerung der stadtnahen Gebiete um Addis Abeba wagten mehrere Demonstrationen gegen den Regierungsplan, diese Gebiete zugunsten der Stadtentwicklung einzuzonen. Sie befürchten die Vertreibung von ihren angestammten Territorien. An die 140 Personen fanden in der brutalen Repression seit November 2015 den Tod, attestiert Human Rights Watch. Analysten setzen die Niederschlagung der Demonstrationen in Zusammenhang mit einem allgemeinen Konflikt und Repression der Oromo, eigentlich die grösste Volksgruppe Äthiopiens (über 25 Prozent), aber politisch und wirtschaftlich isoliert. Der stellvertretende Vorsitzende des Oromo Federalist Congress, der nicht im Parlament vertreten ist, wurde im Dezember verhaftet, nach kurzer Haft in ein Spital verbracht und blieb seither verschwunden.

All dies scheint nun aber zu viel internationale Aufmerksamkeit erregt zu haben: In einem überraschenden Schritt hat die Regierung am 12. Januar 2016 den Masterplan für die Stadtentwicklung aufs Eis gelegt. In einer Nation, in der zahlreiche weitere, teils bewaffnete Konflikte in verschiedenen Regionen bestehen, mag diese Umkehr ein politisch kluger Versuch sein, die Oromo zu befrieden. Oder soll lediglich das Abflauen der internationalen Aufmerksamkeit abgewartet werden? ■

## Südliches Afrika

### Eine neue Dürrekatastrophe

Der südafrikanische Wetterdienst taxiert die Dürre der vergangenen Monate als «die schlimmste seit 30 Jahren». El Niño – eine Erscheinung, die durch einen zu stark aufgeheizten Süd-Pazifik in Gang gesetzt wird – ist auch im südlichen Afrika ein wiederkehrendes Wetterphänomen. Während es in Ostafrika auf Äquatorhöhe extreme Niederschlagsmengen bringen kann, wirkt es sich im Südosten des Kontinents oft mit extremer Trockenheit aus. Die generell abnehmenden Regenfälle werden durch El Niño akzentuiert und führen zu einer klimatischen und landwirtschaftlichen Dürrekatastrophe.

Neben dem Osten Südafrikas sind auch die nördlichen Nachbarländer Botswana, Zimbabwe und Süd-Angola betroffen. Nördlich des Äquators kämpft auch Äthiopien mit einer Dürre. Zimbabwe erklärte Ende Januar den Notstand, überall verdurstet das Vieh. Das Welternährungsprogramm rechnet damit, dass bis zu 14 Millionen Familien hungern und auf Hilfe angewiesen sein werden. ■

# Rebellion für die Demokratie

## Nachhaltige Mobilisierung in Burkina Faso

Schon der überraschende Sturz des langjährigen Präsidenten Blaise Compaoré durch wahre Volksmassen im Oktober 2014 hatte die Welt überrascht. Erstaunlicher noch war der erneute Volksaufmarsch gegen einen Putschversuch durch die alte Präsidiälgarde im September 2015. Nach langem Ringen setzte sich der Volkswille durch. In der darauf folgenden Wahl erkennt der berichtende Nestor Zanté jedoch alte Muster wieder.



12

Wie schon 2014 obsiegte auch beim Putsch vom Herbst 2015 der Volkswille (Bild: Delphine Wilputte, delphinewilputte.mondoblog.org 2013).

Am 30. und 31. Oktober 2014 erlebte Burkina Faso einen Volksaufstand, welcher dem Regime Blaise Compaorés ein Ende setzte. Der als autokratisch empfundene Präsident war 27 Jahre an der Macht gewesen. Er hatte das höchste Amt im Lande nach der Ermordung von Präsident Thomas Sankara am 15. Oktober 1987 eingenommen. Gemäss vieler Burkinabe gründete der Aufstand im Projekt, durch die Änderung des Verfassungsartikels 37 weitere Amtszeiten für Compaoré zu ermöglichen. Die Erinnerung an politische Entführungen (und wahrscheinliche Morde), die unter diesem Regime straflos geblieben waren, verstärkte das Unbehagen im Volk.

Die durch den Sturz des Präsidenten Blaise Compaoré geöffnete institutionelle Lücke erlaubte dem damaligen Oberstleutnant der präsidentialen Sicherheitskräfte (RSP), Yacouba Isaac Zida, sich zum Staatschef zu erklären – dies mit dem Einverständnis der Zivilgesellschaft und der Oppositionsparteien, die sich im CFOP (Chef de fil de l'opposition politique) zusammengeschlossen hatten. Der fünfzigjährige Oberstleutnant aus den Reihen der RSP war allerdings nicht nach dem Geschmack der Armeeangehörigen, insbesondere nicht der Ranghöchsten, die ihm seinen tieferen Grad vorwarfen. Aber die Generäle waren alle durch ihre Rolle im abgelösten Regime kompromittiert, und ihre Meinung wurde vom Volk nicht aufgenommen.

### Eine Übergangsregierung wird angebahnt

Über einen Monat lang verblieb das Land in einer politischen Blockade. Die Intervention der Afrikanischen Union, um Zida die Präsidiälvürde wieder zu entreissen, hatte weniger Bedeutung als jene der französischen und amerikanischen Botschaft. Schliesslich wurden politische Persönlichkeiten, Armeechefs, religiöse und traditionelle Führer versammelt, um Vorschläge auszuarbeiten, wer in einer Übergangsphase das Präsidiälamt versehen solle. In der Folge wurde Michel Kafando, ein Diplomat im Ruhestand, in das höchste Amt gehievt, der in der Folge den populären Zida zum machtärmeren Premierminister ernannte. Damit war die Übergangsregierung für eine Zeit von elf Monaten in Kraft gesetzt.

Um die Legislative zu bestimmen, wurde ein Conseil national de la transition (CNT) eingesetzt, der vom Journalisten Moumina Chérif Sy präsiert und mit 90 Abgeordneten aus allen Gesellschaftskreisen besetzt wurde. Dieser Rat hatte das Mandat, Burkina Faso zu den für den 11. Oktober 2015 vorgesehenen Präsidiälwahlen zu führen. Das erste Ziel der Abgeordneten war jedoch die Erneuerung der politischen Landschaft. Zu diesem Zweck erliessen sie ein Gesetz, das die Mehrheit der Mitglieder der früheren Präsidiälpartei Congrès pour la démocratie et le progrès (CDP) und anderer Parteien der republikanischen Allianz, welche

der Änderung von Verfassungsartikel 37 zugestimmt hatten, von den zukünftigen Wahlen ausschliesst.

### Kritik und Putsch

Dieser politische Ausschluss löste Wellen des Widerspruchs von Parteien und Gewerkschaften aus, die den CNT in ein schiefes Licht brachten. Er wurde bezichtigt, eine Hexenjagd gegen das Regime von Compaoré heraufzubeschwören und eine Politik des Ausschlusses zu vertreten. Die Übergangsregierung wurde Opfer von Einschüchterungen und Übergriffen von Seiten der Verantwortlichen des CDP und der Präsidentsalgarde (RSP). Diese drohte mit der Auflösung der provisorischen Regierung vor Ablauf der Übergangszeit. Zweimal wurden die wöchentlichen Ratssitzungen von RSP-Leuten gestört.

Am 16. September 2015 konkretisiert die RSP schliesslich ihre Drohung. Eine Gruppe von Soldaten der RSP sprengt die Sitzung des Ministerialrates und setzt den Präsidenten, den Premier, sowie zwei weitere Minister in Haft. Angeführt wird die Militäraktion durch den General Gilbert Diendéré, Stabschef des RSP. Noch gleichentags bekennt er sich zum Putsch, enthebt den Übergangspräsidenten seines Amtes, löst die Regierung auf und erklärt die Machtübernahme des von ihm angeführten Conseil national de la démocratie (CND).

Umgehend wird der Staatsstreich sowohl von der Stadt- wie von der Landbevölkerung abgelehnt. Ganz spontan sammeln sich Demonstranten an den strategischen Punkten der Stadt, verdammen den Putsch und beanspruchen die Stadt für sich. Alle Schattierungen der Bevölkerung Burkina Fasos fordern die sofortige Wiedereinsetzung der Übergangsregierung; die Gewerkschaften und Oppositionsparteien treten erst deutlich nach dem erneuten Volksaufstand auf den Plan. Um 19 Uhr des gleichen Tages sind fast überall in Ouagadougou Schüsse zu hören. Truppen der RSP patrouillieren durch die Stadt und warnen die Bevölkerung vor jeder Art von Versammlung. Viele Bürger und Bürgerinnen verlieren an diesem Abend ihr Leben, manche werden direkt niedergestreckt, andere fallen verirrt den Geschossen zum Opfer.

Die Verantwortlichen begründen ihr Vorgehen mit einem fehlenden Konsens innerhalb der politischen Kreise, einer Politik des Ausschlusses durch den CNT und einem eigentlichen Scheitern der Übergangsbehörden. In den Augen zahlreicher Burkinabe weist diese vorgeschobene Legitimation für den Putsch auf die Verantwortung des früheren Regimes hin. Der Widerstand setzt sich im ganzen Land fort, alle Städte mobilisieren gegen den Putsch, Gewerkschaften und Parteien beziehen Stellung.

### Das Ringen geht weiter

Eine erste Resolution von Seiten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEDEAO, überbracht durch den senegalesischen Präsidenten Macky Sall, fordert Verhandlungen zwischen den Putschisten und der Übergangsregierung, die in einer gemeinsam getragenen Führung resultieren sollen. Dieser Vorschlag ruft jedoch kein positives Echo in der politischen Klasse hervor, und erneute Kundgebungen in Ouagadougou schlagen schliesslich alle Deklarationen in den

Wind. Allenthalben werden Strassen verbarrikadiert, der Handel und die staatlichen Dienste erliegen – alle folgen der durch die Gewerkschaften erlassenen Parole des zivilen Ungehorsams. Der Präsident des Übergangsparlamentes Moumina Chérif Sy erklärt sich seinerseits zum Interims-Präsidenten und ruft zu Widerstand und Verteidigung der Volksinteressen auf.

Der republikanische Impuls junger Offiziere in Kasernen anderer Landesteile weitet den Konflikt weiter aus. Ohne die Instruktionen ihrer Vorgesetzten abzuwarten geben sie dem Druck der lokalen Bevölkerung nach und bewegen sich auf die Hauptstadt zu. Sie stammen aus den Militärlagern von Fada, Kaya und Bobo Dioulasso, dem Kommando-Regiment der Fallschirmspringer von Dédougou, den Lagern von Guillaume und Sangoulé Lamizana in Ouagadougou. Bewaffnet mit allem verfügbaren Kriegsmaterial wollen sie die RSP aus deren Lager Naba Koom II in der Nähe des Präsidentenpalastes vertreiben.

Das Eintreffen der CEDEAO-Delegation in Ouagadougou, welche den Staatsstreich nunmehr verurteilt, führt zu einer Entspannung. Der General Gilbert Diendéré wird angewiesen, die Waffen niederzulegen und sich unverzüglich in die Kaserne zurückzuziehen. Doch auch wenn der General Willen zeigt, die Anweisungen der CEDEAO zu befolgen, so entziehen sich die Soldaten der RSP seiner Kontrolle. Während Diendéré sich in die apostolische Nuntiatur in Ouagadougou flüchtet, wird das Lager von Naba Koom II erst nach wiederholten Angriffen der loyalen Truppen aus den anderen Regionen zerschlagen.

Schliesslich nimmt die Übergangsregierung nach einem 14-tägigen Unterbruch wieder ihren Dienst auf. Alle in den Putsch verwickelten Personen, die sich im Territorium Burkina Fasos aufhalten, sind verhaftet und in die zivilen oder militärischen Haftanstalten von Ouagadougou eingeliefert worden. Andere haben sich schon vor Ende des Konflikts in die Côte d'Ivoire und andere Nachbarländer geflüchtet und bleiben einflussreich.

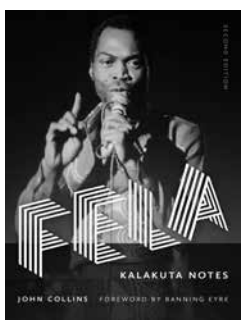
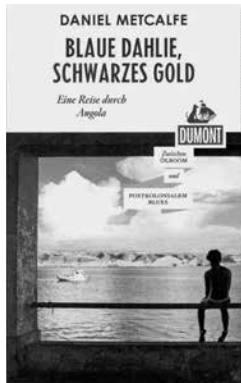
### Alles wieder «normal»

Das politische Leben normalisiert sich, und im Konsens der politischen Parteien wird der 29. November 2015 als Datum für Präsidentsal- und Legislativwahlen festgesetzt. Vierzehn politische Parteien machen sich für den Sturm auf das höchste Amt bereit. Nach Abschluss der vorläufigen Auszählung wird der Kandidat der MPP (Mouvement du peuple pour le progrès), Roch Marc Christian Kabore zum Präsidenten von Burkina Faso erklärt. Erst 2014 aus der damaligen Regierungspartei ausgetreten, hatte er während 25 Jahren der Regierung von Blaise Compaoré gedient. Trotzdem geben ihm 53,4 Prozent der Burkinabe im ersten Wahlgang ihre Stimme. Am 29. Dezember 2015 löst er Michel Kafando ab und wird der achte Präsident Burkina Fasos seit 1960, dem Jahr der Unabhängigkeit des Landes.

Nestor Zanté ist Student im Masterstudiengang African Studies an der Universität Basel. Zuvor studierte er Soziologie an der Universität de Ouagadougou. In seiner Forschung befasst er sich mit der politischen Bewegung, die zum Umsturz in Burkina Faso führte und insbesondere mit der Rolle und dem Einsatz von Medien durch die Jugendbewegung. Kontakt: nestor.zante@stud.unibas.ch.

# Literatur

## Buchbesprechungen



### Neues aus Angola

hus. Gleich mehrere Publikationen zu Angola sind in den letzten Monaten erschienen – eine willkommene Bereicherung des Literaturangebotes.

Mit der jüngeren Geschichte Angolas haben sich erst wenige Autoren und Autorinnen befasst. Diese Lücke füllt «Blaue Dahlie, schwarzes Gold» von Daniel Metcalfe. Die beiden Untertitel «Eine Reise durch Angola» und «Zwischen Ölboom und postkolonialem Blues» umreißen den Inhalt treffend. Metcalfe fasst die Eindrücke von drei Reisen zusammen, die er in den letzten fünf Jahren unternommen hat. Voran stellt er zwei Kapitel über die «Stopp-Over-Destination» São Tomé e Príncipe, die in der jüngeren Literatur ebenfalls kaum vertreten sind. Luanda – die teuerste Stadt der Welt – erlebt Metcalfe als Moloch: extremer Reichtum stößt auf extreme Armut. Milliarden aus Erdöleinnahmen sind veruntreut worden und in private Taschen gewandert.

Prozerei und Verschwendungssucht sind die eine Seite der Medaille, absolute Vernachlässigung einer landwirtschaftlichen oder kleinindustriellen Produktion die andere. Metcalfe versteht es, seine Wahrnehmungen in einen geschichtlichen Rahmen zu stellen, so dass der Reisebericht gleichzeitig eine Einführung in die angolanische Geschichte vermittelt.

Spannend sind seine Berichte aus Gegenden, die abseits aller bisherigen Reportagen liegen, so beispielsweise sein Besuch in Cuito Cuanavale, dem Ort der Entscheidungsschlacht gegen die südafrikanischen Invasoren.

Spätere Erkundigungen führen ins Diamantengebiet von Saurimo, nach Mbanza-Kongo und in die Erdölklave Cabinda – spannende Geschichten. Seine Ausführungen über die Schamlosigkeit der Eliten, welche sich den Reichtum aneignen und die Entwicklung der Infrastruktur des Landes geringschätzen, stimmen bedenklich.

Dass Metcalfe jedoch immer wieder auch integre Personen trifft und zeigt, wie sie sich trotz härtester Verfolgung für eine gerechte Entwicklung einsetzen, lässt Hoffnung aufkommen.

Wie gemeinhin bekannt ist, verfügt Angola über ein reichhaltiges Literaturschaffen. Selbst in den härtesten Zeiten des Bürgerkrieges erschienen zahlreiche Publikationen aus der Feder angolanischer Schriftsteller und Schriftstellerinnen. Ein guter Überblick über dieses Schaffen – mit Bezügen zu Publikationen sogar aus den 1930er Jahren – bietet die von Barbara Mesquita herausgegebene Anthologie «Angola entdecken!». Darin wird ein breiter Reigen von Themen vom Sklavenhandel über die Kolonialzeit bis zur Gegenwart abgedeckt. Auch wenn einige Autoren und Autorinnen der Gegenwart fehlen, gibt die Publikation einen guten Einblick in das breite Schaffen in Vergangenheit und Gegenwart.

Ein Beispiel für das aktuelle angolanische Literaturschaffen ist der Roman «Die Durchsichtigen» des 1977 in Luanda geborenen Schriftstellers Ondjaki. Der Einstieg in die Lektüre fällt nicht leicht, alleine schon wegen der eigenwilligen Interpunktion: Sätze beginnen grundsätzlich mit Kleinbuchstaben, Punkte am Satzende gibt es nicht, jeder Satz ist ein Absatz. Doch daran gewöhnen sich die Leserin und der Leser. Zentraler Ort der Handlung: das siebenstöckige Haus in Luanda – nicht irgendein Haus sondern ein Labyrinth mit Türen, die ins Nirgendwo führen, Verbindungen, Durchgängen, Röhren. Alles kommuniziert miteinander.

Eine Besprechung wird schwierig: wo ist der rote Faden in diesem Wirrwarr? Das Buch ist denn auch eine Satire auf das heutige Angola, in dem dermaßen viel ebenfalls irrational ist. Eine herausfordernde aber erfrischende Lektüre! ■

### Afrobeat Legende

va. John Collins, emeritierter Musikwissenschaftler an der University of Ghana, Highlife-Musiker, Archivist und Aktivist, arbeitete in den 1970er Jahren mit dem legendären nigerianischen Saxofonisten Fela Kuti zusammen.

Nun hat er das Portrait neu aufgelegt, das damals entstand. Das Buch enthält Transkriptionen seiner Interviews mit Fela, dessen Bandmitgliedern und Freunden. Ergänzt werden sie in dieser Neuauflage um die Tagebucheinträge, die Collins während seiner Mitwirkung in Felas autobiographischem Film «Black President» 1977 aufzeichnete.

Die wesentlich erweiterte Einleitung führt in den musikalischen und gesellschaftlichen Kontext ein. Das ebenfalls neue Schlusskapitel befasst sich mit dem Erbe Felas, seinen musizierenden Kindern, dem Shrine und Kalakuta House, dem jährlichen Festival Felabration sowie Felas Einfluss auf die weitere Entwicklung des Afrobeats. Ergänzt wird der Band um eine ausführliche Diskografie, eine Zeittafel, historischen Bildern sowie ein Vorwort von Banning Eyre. Eine ausserordentlich reiche Dokumentation und ein Must für jeden Afrobeat-Liebhaber! ■

Daniel Metcalfe: Blaue Dahlie, schwarzes Gold. Eine Reise durch Angola – Zwischen Ölboom und postkolonialem Blues. Ostfildern 2015 (DuMont Reisebuchverlag).

Barbara Mesquita (Hg.): Angola entdecken! Gelsenkirchen 2015 (Arachne Verlag).

Ondjaki: Die Durchsichtigen. Roman. Heidelberg 2015 (Wunderhorn).

John Collins: Fela. Kalakuta Notes. Middletown 2015 (Wesleyan University Press).

### Frauenstimmen aus dem westlichen Afrika

Eine der ganz grossen Sängerinnen aus dem Volk der Mandé ist Kandia Kouyaté. Die 1959 in der historischen Stadt Kita im Südwesten Malis geborene Kouyaté machte schon früh mit ihrem sehr präsenten Gesang auf sich aufmerksam.

Sie ist ein Jelimuso, ein weiblicher Griot und kann wohl als Meistersängerin bezeichnet werden. Schon in den 1980er Jahren war sie erfolgreich und trat mit einer grossartigen Band auf. Da spielten bekannte Grössen mit wie der Koravirtuose Toumani Diabaté oder der Ausnahmegitarrist Bomba Sacko mit seinem zwölfseitigen Instrument. Es erschienen vielbeachtete Produktionen, so die Alben Kita Kan (1999) und Biriko (2002). Dann wurde es ruhiger um Kandia Kouyaté. Doch jetzt meldet sie sich mit dem grandiosen Album Renaissance zurück.

Das Album mit traditioneller Musik ist mit neuester Technik produziert. Kouyatés eindringlicher, erzählerischer Gesang wird durch Meister des Kora-, Balafon- und Nguni-Spiels begleitet. Dazu kommen Gitarre, Bass und präzise eingespielte weibliche Chorgesänge. Die Liedtexte bewegen sich zwischen klassischen Lobgesängen aus der Mandé-Kultur und aktuellen Themen, sowie Blicken auf die Geschichte Malis. Überraschend ist die Abwechslung und spürbare Dynamik der einzelnen Stücke.

Die Produktion von Renaissance begann schon 2011. Durch den Tod des allgegenwärtigen westafrikanischen Musikproduzenten Ibrahima Sory Sylla geriet sie ins Stocken. Doch Sylla's Tochter Binetou Sylla führte das vorzügliche Werk zu Ende.

Eine weitere grosse Frauenstimme gehört Lura. Die kapverdische Sängerin, die schon einige Alben auf den Markt gebracht hat, ist von der Funana-Musiktradition geprägt. Doch sie verbindet diese lebhaftes Tanzmusik mit modernen Einflüssen aus verschiedenen Kulturen. Diese reichen bis nach Ostafrika und selbstverständlich Brasilien. So spielt auf ihrer neuen CD Herança der brasilianische Superstar Nana Vasconcelos auf, oder der Welt- und Jazzmusiker Richard Bona. Auf dem Stück Nhu Santiago gibt Elida Almeida als Songschreiberin und Sängerin ihren Einstand.

Herança ist ein Album mit feiner, perfekt eingespielter Musik, manchmal jazzig angehaucht. Jedes Stück hat seinen eigenen Charakter und nach beschaulicher Ruhe kommt plötzlich Bewegung auf. Eine weitere feine Platte von Lura.

Einen aktuellen, sicher aber keinen vollständigen Blick auf die Musik der Kapverden erlaubt der Sampler Olá Cabo Verde. Darauf ist Lura im Duett mit Cesaria Evora zu hören. ■



Kandia Kouyaté: Renaissance. 10 Tracks. CD. Syllart Records/Sterns Africa.

Lura: Herança. 14 Tracks. CD. Lusafrica.

Olá Cabo Verde. Sampler. 18 Tracks. Lusafrica.

Die Besprechung verfasste Pius Frey. Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen. [medien@comedia-sg.ch](mailto:medien@comedia-sg.ch), [www.comedia-sg.ch](http://www.comedia-sg.ch), mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.

### **Rückblick auf die Tagung «Migration und Xenophobie»**

bm. Thema der Tagung vom 27. und 28. November 2015 in Basel war das Phänomen der Fremdenfeindlichkeit in Südafrika und in der Schweiz. Katharina Morawek, Kuratorin der Shedhalle Zürich, übte prägnante Kritik an der hiesigen Praxis des strukturellen Ausschlusses von Migranten und Migrantinnen – eine Praxis, die sie als strukturellen Rassismus bezeichnete. Berhanu Tesfaye, Aktivist der Autonomen Schule Zürich (ASZ), beschrieb konkrete Erfahrungen mit der polizeilichen Praxis von «Racial Profiling». An praktischen Beispielen zeigte er auf, wie die fortlaufende Verschärfung des Ausländerrechts in den letzten 15 Jahren zu Rechtsunsicherheit für die Betroffenen führte.

Jean Pierre Misago vom African Center for Migration and Society der University of the Witwatersrand in Johannesburg, prangerte den südafrikanischen Staat an, der seiner Verpflichtung die Bevölkerung zu schützen nicht nachkomme und darüber hinaus den Fakt des Fremdenhasses in Südafrika hartnäckig leugne. Sindi Mkhize von der Slumbewohner-Bewegung Abahlali baseMjondolo und Mervyn Abrahams von der Pie-

termaritzburg Agency for Community Social Action (PACSA) sprachen über ihre Erfahrungen in der Provinz KwaZulu Natal. Bei beiden liess sich angesichts der grossen Gewaltbereitschaft der Bevölkerung eine gewisse Ratlosigkeit heraushören. Sindi Mkhize formulierte es so: «Wir sind nicht in der Lage, die Wut der Bevölkerung zu kontrollieren».

Die drei Referentinnen und Referenten aus Südafrika vertraten in wesentlichen Punkten eine von der Regierung abweichende Einschätzung der Ereignisse und ihrer Ursachen. Einig waren sie sich in ihrer Kritik am Versagen der Behörden. Angesichts der Gewalt gegen Migranten und Migrantinnen verzichteten diese darauf, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und verschärfte stattdessen die Repression gegen die Migranten. Mit diesem Verhalten dulde und decke der Staat implizit die fremdenfeindliche Gewalt. Alle drei äusserten sich besorgt über die zukünftige Entwicklung, weil die grosse Frustration der Bevölkerung sich angesichts dieser Straflosigkeit jederzeit in erneuten Gewaltakten gegen «Fremde» (bei denen es sich in vielen Fällen um südafrikanische Staatsbürger handelt) Luft verschaffen könne. ■

### **West-Sahara-Referendum jetzt!**

red. Im Jahr 2016 wird die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) 40 Jahre alt. Aus diesem Anlass lancieren die Unterstützungskomitees eine Petition an die Vereinten Nationen, damit diese unverzüglich, spätestens aber bis im Jahr 2017, das Referendum in der Westsahara durchführe. Seit 1965 und bis heute hat die UNO immer wieder das Recht des sahraouischen Volkes auf Selbstbestimmung bestätigt, ohne dass diese Erklärungen je in konkrete Taten umgesetzt wurden.

Die Sahraouis sind die Bewohner und Bewohnerinnen der ehemaligen spanischen Kolonie Westsahara, Angehörige und Nachkommen der maurischen Nomadenstämme, die seit Jahrhunderten in diesem Gebiet lebten. Heute leben 150 000 Sahraouis in den Flüchtlingslagern südlich der Oasenstadt Tindouf in der westalgerischen Wüste (siehe auch Seite 10).

Die Dekolonisierung der ehemaligen spanischen Kolonie muss endlich und unverzüglich umgesetzt werden nach den Regeln, die die UNO im Friedensplan von 1991 festgelegt hat. Die Sahraouis haben darauf vertraut, dass die UNO ein Referendum durchführen werde und friedlich gewartet, dass sie ihr Recht auf Selbstbestimmung ausüben können. Doch nun geht ihre Geduld zu Ende. Es ist höchste Zeit, dass die UNO zu Taten schreitet.

Die Sammlung der Unterschriften erfolgt über ein zentral verwaltetes Internetportal, das speziell für diesen Zweck eingerichtet wurde. Je eine Delegation von Unterzeichnenden soll die gesammelten Unterschriften im September 2016 an die UNO in New York und Genf übergeben und zwar vor Beginn der Session der UN-Kommission für Dekolonisierung.

Webseite: [www.westernsahara-referendum.org](http://www.westernsahara-referendum.org)